Berichtsvorlage
MRB-GST/012/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit	29.10.2025	öffentlich	Bericht

Betreff:
Zwischenbericht Konfliktmanagement KoMit
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 04.02.2025
Sachverständiger: Franz Walser, Menschenrechtsbüro Stadt Nürnberg

Anlagen:
Zwischenbericht Allparteiliches Konfliktmanagement (KoMit)
Antrag_Konfliktmanagement_Grüne

Bericht:

In Beantwortung des Antrags der Fraktion Bündnis `90/Die Grünen vom 04.02.2025 legt die Stabsstelle MRB & GST einen Zwischenbericht über die Arbeit des Allparteilichen Konfliktmanagements (KoMit) für den Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit am 29.10.2025 vor.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

- ☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- ☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- ☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

☒ Ja | In einer vielfältigen Stadtgesellschaft müssen alle Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Raum sozialverträglich nutzen können.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐